

Dienstverweigerer aus politisch-weltanschaulichen Gründen

Autor(en): **Wyder, Theodor**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **46 (1971)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-705635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Leitung der Landesverteidigung ist Sache des Bundesrates. Ihm steht als Konsultativorgan der Rat für Gesamtverteidigung zur Seite. Er zählt 21 Mitglieder, welche die Kantone und die verschiedenen Sektoren des nationalen Lebens vertreten. In diesem Rat, der zurzeit zahlreiche Probleme zu lösen hat, ist auch der SUOV vertreten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der leitenden Organe (bestehend aus der Zentralstelle für Gesamtverteidigung und dem Stab der Gesamtverteidigung) ist es, die Öffentlichkeit zu informieren und zu gewinnen. Mithin ist die geistige Landesverteidigung ein Pfeiler von nationaler Bedeutung. Ihre Träger sind alle Männer und Frauen des Landes, die privaten Vereinigungen und Körperschaften, die sich um eine eidgenössische Standortbestimmung bemühen und auf dem freiheitlichen Boden der Demokratie stehen. Es geht dabei um die Gewinnung einer persönlichen, freiheitlichen, verantwortungsbewussten und positiven geistigen Grundhaltung des freien Bürgers gegenüber seinem Staat und seiner Zweckbestimmung. Volk und Armee müssen zu einer wahren Schicksalsgemeinschaft werden. Letztlich geht es um die Erhaltung unserer staatlichen Eigenständigkeit in der modernen Wohlstandswelt und um die beunruhigte Jugend, die konkret über Tatsachen orientiert werden und Diskussionen führen will.

Abschliessend ist zu sagen, dass unser Verband einen wesentlichen Beitrag zur totalen Landesverteidigung leistet, sowohl in materieller als auch in moralischer Hinsicht. Alle Mitglieder des SUOV sind positive Elemente mit einem hohen Pflichtgefühl, einer gesunden Mentalität und einem Geist totaler Hingebung an den Staat und seine Institutionen. Ein eindrückliches Beispiel dafür bietet die Beteiligung an ausserdienstlichen Veranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene; es ist dies ein Zeichen der Opferbereitschaft für ein hohes Ziel. Da der SUOV mit seinen mehr als 20 000 Mitgliedern im ganzen Land präsent ist, stellt er ein wichtiges Informationsnetz zur Verbreitung des Konzepts der totalen Landesverteidigung dar.

Es ist deshalb die moralische Pflicht eines jeden Mitgliedes, mit diesen wichtigen Problemen von Grund auf vertraut zu sein. Auf einstimmigen Antrag des Verteidigungsrates sind die leitenden Organe beauftragt worden, die geeigneten Mittel für die Information durch Broschüren, Vorträge, Radio und Television zu studieren. Wenn man die Notwendigkeit, den Zweck und die Probleme der totalen Landesverteidigung kennt, kann man jenen entgegen-treten, die skrupellos versuchen, mit defaitistischen Ideen ein hochdemokratisches Werk zu vergiften.

Dienstverweigerer aus politisch-weltanschaulichen Gründen

Von Major Theodor Wyder, Sierre

1. Politisch-soziale Entwicklung

Im Staat wird nicht selten der Grund für sämtliche bewaffnete Konflikte gesucht. Seit jeher hat die Menschheit nach einer Staatsform gesucht, die nationale und internationale Aufgaben ohne kriegerische Auseinandersetzungen zu lösen hat.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung einer Lebensgemeinschaft hat im Laufe der Zeit das Prinzip der Gemeinschaftsverteidigung aus dem Gleichgewicht gebracht. In der Kulturperiode, da die natürliche Spannung zwischen Personalität und Sozialität staatsethisch ausgewogen war, beteiligten sich alle Waffenträger und Stammesgenossen an einer Feindbedrohung (Staatsgemeinschaft = Verteidigungsgemeinschaft). Die Wehrpflicht galt zu allen Zeiten als Äquivalent zu den politischen Rechten; wer sich als Sklave im Kampf bewährte, erhielt das Bürgerrecht. «Mindestens im republikanischen Rom konnte sich ein tauglicher Bürger so wenig wie in Sparta oder Athen dem Aufgebot entziehen, wenn er nicht seine politischen Rechte und sein Vermögen einbüßen wollte.» Horaz: «Dulce et decorum est, pro patria mori» (Carm. III, 2, 13). Eine waffenfeindlich gewordene Bevölkerungsgruppe vermag auf längere Sicht ihre Machtposition nicht zu halten, und Wehrentsagung endet regelmässig mit dem politischen Tod.

Das Bestehen oder Nichtbestehen oder Auf und Ab der Völker hängt jeweils mit der Stärke des Heeres zusammen. Immer trat das Problem des Nicht-verteidigen- oder Nicht-Dienst-leistens Wollens auf. Einzig der Osten, wo für Wehrverneinung kein Platz war, machte eine bemerkenswerte Ausnahme. Ein Staat wie Danzig liess bei Tannenberg (1410) ein Truppenkontingent von erheblicher Stärke fechten. So gab es in den meisten Staaten seit dem 15. Jahrhundert kaum noch etwas anderes als Berufsgruppen im Dienste der Fürsten, Päpste, Städte oder auch schon der Parlamente. Bürger- und Bauernheere der Schweizerischen Eidgenossenschaft bildeten eine bemerkenswerte Ausnahme: Morgarten 1315, Sempach 1386, Grandson und Murten 1476.

Es ist im übrigen ausserordentlich lehrreich, dass die ganze Skala der Dienstaussagen, angefangen von der Stellvertretung über die Freilassung bis zur völligen Exemption, bereits so frühzeitig in Erscheinung trat.

Durch die Tatsache und die Notwendigkeit von verschiedenen Staatssystemen, bedingt durch die Verschiedenheit der Völker, muss die Fortsetzung der Politik zum bewaffneten Konflikt führen, wenn friedliche und diplomatische Lösungen zu keinem oder nur zu einem unbefriedigenden Resultat führen. Dabei können politische und weltanschauliche Motive, zumeist gestützt auf humanitäre oder ethische, gelegentlich vermischt mit religiösen, zu Kriegsverweigerung oder in der Vorbereitungsphase zu Dienstverweigerung führen.

2. Der Einfluss des Sozialismus und seine Auswirkung

Wenn es um Armeereformen, Aufrüstung, Bewilligung von Krediten und dergleichen geht, treten als Opponenten im demokratischen Staatssystem fast immer die Sozialdemokraten auf. Damit soll nicht gesagt sein, dass sich diese Opposition nur negativ auswirken kann. Es liegt in der Art und Aufgabe des Sozialismus, gegen den Militarismus zu kämpfen, und damit wird er zum schärfsten Gegner der Landesverteidigung. Die Mitglieder dieser Organisation stellten immer wieder Anträge auf Anerkennung der Dienstverweigerer (Motion Greulich 1917, Postulat Bolle 1930, Motion Oltramare 1946 [umgewandelt in Postulat 1947], Motion Borel 1955 [umgewandelt in Postulat 1957], Postulat Sauser 1964, Einzelinitiative Borel 1964, Motion Bertholet 1965) bzw. auf Milderung des Loses der Dienstverweigerer. Wenn die Landesverteidigung auch nicht total verneint wird, so vergessen sie immer wieder, dass es eben keine Landesverteidigung ohne Waffen gibt. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind grundsätzlich für den Frieden, ohne Waffen gegen den Krieg; sie stellen der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die nach ihrer

Auffassung nur auf Profit, Gewinnstreben und Verdienen ausgerichtet ist, eine Wirtschaftsordnung des Dienens, der Bedarfsdeckung gegenüber. Am nächsten diesem Ideal soll die echte Genossenschaft kommen, die nur dienen will und keinen Profit erstrebt. Um dies zu erreichen, wird eine Ausdehnung der politischen Demokratie auf Wirtschaft, Gesellschaft, Erziehung, Bildung und Kultur angestrebt. Diese Ziele können nur im Frieden erreicht werden — darum Kampf für den Frieden, Kampf gegen den Krieg durch Abrüstung, durch teilweise Ablehnung der Landesverteidigung, durch Schutz der Dienstverweigerer. Hievon macht auch die schweizerische Sozialdemokratie keine Ausnahme. Warum dem so ist, soll im folgenden erläutert werden.

Der sozialistische Parteitag von Bern am 10. Juni 1917 hat mit 222 gegen 77 Stimmen folgendes beschlossen: «Organisation des entschlossensten, äussersten Widerstandes der Arbeit gegen die Beteiligung des Landes an jedem Krieg.» Mit diesem Beschluss hat sich die Partei erstmals (Giovanni, Sozialdemokratische Partei, S. 19 ff: 1870 erste Gründung der SPS mit Greulich [für Landesverteidigung], 1888 endgültige Gründung der SPS mit Steck [für Landesverteidigung], 1904 zweites Programm der SPS [für Landesverteidigung mit Postulat der Demokratisierung der Armee], 1970 Annahme der neuen Militärorganisation, 1918 Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres) für die Abschaffung der Armee und für das Aufgeben der Landesverteidigung geäußert. Dieser Beschluss ist aus der Not der Kriegsjahre 1914—1918 zu verstehen. Dazu führten das Fehlen einer Rationierung der Lebensmittel und die Hamsterei der Besitzenden sowie die Not der Wehrmänner, weil keine Lohnausfallentschädigung den Verdienstausfall regelte und der Tagessold pro Soldat siebzig Rappen betrug. Dazu kamen die Sympathie der deutschen Schweiz für das Kaiserdeutschland Wilhelms II. mit der Hochfeierlichkeit von 1912 in Zürich und die Sympathien der welschen Schweiz für Frankreich.

Die Sozialdemokraten konnten dem Militär nicht freundlich gesinnt sein, da ja gerade gegen die Ausführung und Anwendung ihrer Ideen sehr oft Truppenaufgebote erlassen werden mussten:

- 1869 Erstes Aufgebot von Truppen zur Niederwerfung des Genfer Bauarbeiterstreiks.
- 1875 Beim Streik der Minenarbeiter am Gotthardtunnel werden durch den Einsatz von Militär vier Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.
- 1893 Truppenaufgebot beim Käfigturmkrawall in Bern.
- 1901 Beim Streik der Minenarbeiter am Simplontunnel werden vier Arbeiter durch das Militär verletzt.
- 1902 Beim Generalstreik in Genf um einen Arbeitskonflikt Kavallerieattacke und Bajonettangriff auf streikende Arbeiter.
- 1904 Militäraufgebot gegen die Minenarbeiter am Rickentunnel.
- 1907 Truppenaufgebot anlässlich des Generalstreiks in Lausanne und anderen Orten des Waadtlandes.
- 1912 Die Regierung bietet beim grossen Zürcher Generalstreik ein Regiment Infanterie und eine Schwadron Dragoner auf.
- 1917 Zürcher Generalstreik: Aufgebot von vier Infanterieregimentern und vier Kavalleriebrigaden.
- 1918 Am 8. November Appell an die schweizerische Arbeiterschaft zu einem 24stündigen Proteststreik gegen die Truppenaufgebote in Zürich und in Bern (SPS-Geschäftsbericht, S. 7).

Der Berner Beschluss kam nicht zur Anwendung. Alle Arbeit, alles Streben der Sozialistischen Partei der Schweiz war beansprucht durch den Landesstreik von 1918. Dazu kamen immer Streitigkeiten wegen des Anschlusses an die III. Kommunistische Internationale von 1919, die schliesslich durch Mitgliederabstimmung abgewiesen wurde.

Bezüglich Landesverteidigung war die Folge des Generalstreiks die Forderung einer Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.

Der Faschismus, 1922 in Italien, und der Nazismus, 1933 in Deutschland an die Macht gekommen, beides Diktaturen, trugen ein weiteres dazu bei. Diese Lage ausserhalb der Schweiz und die Ereignisse der vergangenen Jahre führten die Sozialistische Partei der Schweiz immer wieder zurück und zur Bestätigung des Grundsatzes der Landesverteidigung.

Die internationale Lage änderte sich in den dreissiger Jahren von Grund auf. Dazu führten der Machtantritt Hitlers im Februar 1933, die blutige Niederwerfung der österreichischen Arbeiterklasse durch das profaschistische Dollfussregime im Februar 1934 und die Gefahr einer Annektion der Schweiz durch Hitler. Eine Programmrevision der SPS drängte sich auf, und am Parteitag von Luzern am 27./27. Januar 1935 wurde im neuen Programm die Anerkennung der Landesverteidigung aufgenommen. Dabei behielt sich die Partei das Recht vor, die einzelnen Forderungen der Regierung oder des Parlamentes zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Am gleichen Parteitag wurde hievon bereits Gebrauch gemacht durch Beschluss der Nein-Parole (343 gegen 320 Stimmen) für die am 24. Februar 1935 zur Volksabstimmung gelangende Wehrvorlage (Verlängerung der Rekrutenschule). Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung mit geringem Mehr gutgeheissen.

Das Programm von Luzern 1935 hat heute noch seine Gültigkeit und fand seine erste Bestätigung bezüglich der Landesverteidigung im Programm von 1942, «La Suisse Nouvelle»: «Aussi longtemps qu'une communauté internationale de peuples libres et pacifique n'existera pas, le petit Etat Suisse devra faire tout ce que ses forces lui permettront pour protéger ses frontières et sauvegarder son indépendance. C'est pourquoi, dans l'après-guerre également, il sera nécessaire que l'armée du peuple suisse soit forte.»

Im Programm von 1959 wird der Grundsatz der allgemeinen Landesverteidigung beibehalten, jedoch mit grosszügigen Einschränkungen: kontrollierte Abrüstung, staatliche Kontrolle der Waffenausfuhr, Schaffung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen. Dieses Programm ist heute noch massgebend für die ganze Stellungnahme der SPS zu den Militärfragen.

Gelegentlich kann es zum Auftreten von grundsätzlichen Antimilitaristen kommen, die als sogenannte Parteilinke jeden Antrag der Parteileitung auf Zustimmung zu den Militärkrediten ablehnen.

3. Verneinung der Armee

Die Dienstverweigerung aus politisch-weltanschaulichen Gründen ist nicht unbedingt eine Verneinung der Armee an sich. Viele dieser Nutzniesser huldigen der so stark verbreiteten Spekulation, die Sicherheit gegen äussere Bedrohung sei eine durchaus lohnenswerte Sache, wenn Dritte (einst der «Wehrstand», später Söldner und Freiwillige) dafür Opfer brächten.

Der politische Opponent, der wegen seiner politischen Vorstellung in seinem Gewissen verletzt ist, wird dadurch nicht berechtigt, den Dienst zu verweigern. Dies beruht auf einer politischen Ideologie mit der Auffassung, dass es unter einem entsprechenden Wirtschaftssystem keine Kriege geben könne. Das kapitalistische System soll zerstört werden, denn nur der Kapitalismus mit seinen Interessengegensätzen führt in den Regierungen zu Spannungen und Reibungen, die nur durch Kriege gelöst werden



Hôtel de la Gare, Bienne

Telefon 2 74 94
A. Scheibli, propriétaire

Gepflegte Küche - Cuisine soignée
Moderne Zimmer - Tout confort

können. Demzufolge kann der Friede nur durch Überwindung des Kapitalismus erfolgen, da ja dieser im Kriege bestrebt ist, höchste wirtschaftliche Einnahmen zu erhalten. Wenn der Kapitalismus schon die ganze Welt erobert hat, so muss sich der Kampf gegen ihn auf internationaler Ebene abspielen und die Opponenten zu Antinationalisten machen, da sie ja Antikapitalisten sind und demzufolge auch zu Antimilitaristen werden.

Wie bereits ausgeführt, ist es schwierig, den Dienstverweigerer aus rein politischen Gründen zu bezeichnen. Immer wieder kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass diese Leute die Dienstverweigerung dazu benötigen, sich einen Bewunderungskreis zu schaffen. Sie sind sehr stark von Schlagzeilen in Presse und Flugblättern beeinflussbar. Wie ein Virus wirkt diese Idee als vorübergehende, in hohen Wellen ausschlagende Krankheit. Es geht ja meistens nur darum, auf diesem Wege die Landesregierung zu schwächen, und nicht eigentlich darum, den Dienst zu verweigern.

Aus einer weltanschaulichen Ideologie will man die Landesregierung durch Demonstrationen, Streiks oder Dienstverweigerung schwächen. Wegen der Technisierung der Armee wäre das erste Mittel von grosser Bedeutung, doch haben die seit Jahren diesbezüglich durchgeführten Bestrebungen zu keinem Resultat geführt. Meistens handelten die Opponenten in Verkennung der wahren Sachlage, und immer weniger kennen sie den Sozialismus oder haben sie einen klaren Begriff von ihm. Ihre Ideen leben für den Augenblick, und sie denken nicht an das auch ihnen bevorstehende Schicksal in einem Kriege. Es wird sicher nie die Frage gestellt werden, ob man bewaffnet oder unbewaffnet Dienst geleistet hat oder sogar keinen Dienst leisten wollte. Die Doktrin von der Gewaltlosigkeit dürfte sich in ein klägliches Gebilde auflösen.

Sollten sie sogar Zeugen von Misshandlungen und Deportationen ihrer Angehörigen sein, so dürften sie vielleicht zu spät zur notwendigen Einsicht kommen, dass es doch besser gewesen wäre, das Vaterland zu verteidigen. Es sollte keiner, der aus weltanschaulichen Gründen den Militärdienst ablehnt, vergessen, dass

im Osten jeder einzelne verpflichtet ist, Dienst zu leisten, und dass es dort überhaupt keine Möglichkeit gibt, sich dagegen zu weigern. Es ist für jeden Menschen, der nicht einer Ideologie verfallen ist und noch denkt und Herz und Gewissen nicht zum Schweigen gebracht oder verunstaltet hat, eine unbeirrbar wirkliche: Entweder töten wir den Krieg, oder der Krieg tötet uns. Eine politische Dienstverweigerung ist meistens die Angelegenheit einer Person allein und nur selten oder nie die einer Partei.

Anhang

Die Zahl der Dienstverweigerer aus politisch-weltanschaulichen Gründen ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der Dienstverweigerer in der Schweiz sehr klein. Folgende Zahlen der letzten zehn Jahre geben hierüber Aufschluss:

Jahr	Politisch-weltanschauliche Gründe	Gesamttotal
1960	3	26
1961	5	35
1962	2	31
1963	7	54
1964	8	62
1965	18	68
1966	13	99
1967	28	75
1968	18	67
1969	32	96
1970	31	175

Literaturverzeichnis

- Binz, Gerhard Ludwig: Wehrverneinung, Beiheft 4 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, Frankfurt am Main, 1956.
 Giovanoli, Fritz: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Bern, 1948.
 Hardmeier, Benno: Geschichte der sozialdemokratischen Ideen der Schweiz, 1920—1945, Winterthur, 1957.
 Prunck, Erich F.: Der rote Soldat, München, 1961.
 Zurlinden, Samuel: Der Schweizer Soldat und die Landesverteidigung, Zürich, 1918.

**SCHWEIZER SOLDAT SCHWEIZER
 Soldat Schweizer Soldat Sch
 hweizer Soldat Schweizer
 ldat Sch ldat Sch
 hweizer ldat Sch
 ldat Schw hweizer
 hweizer ldat Sch
 ldat Schw weizer
 hweizer S lat Sch
 ldat Schw weizer
 hweizer S at Sch
 ldat Schweizer Schweizer
 hweizer Soldat Schweizer
 Soldat Schweizer**

aktuell
 informativ
 kritisch

Probenummern durch:
 SCHWEIZER SOLDAT
 Postfach 56
 8712 Stäfa
 Tel. 01 / 73 81 01